

Lärmschutz wird Verhandlungssache

Planungsprozess für Oldenburger Kurve ist in vollem Gang / Deutsche Bahn stellt Projekt im Beirat Mitte vor

VON LIANE JANZ

Bahnhoisvorstadt. Die Aula des Ausbildungs- und Fortbildungszentrums im Dovenort war bis auf den letzten Platz belegt. Wer zu spät kam, musste sich auf den beiseite geräumten Tischen niederlassen. Der Einladung des Beirates Mitte zur öffentlichen Sitzung folgten am Montag zahlreiche Menschen, auch aus Schwachhausen und Findorff. Während der Sitzung wurden Vertreter der Deutschen Bahn sowie der Bremer Behörden zu den Planungen in der Oldenburger Kurve angehört.

Matthias Oetting von der Bahn-Gesellschaft DB Projektbau bepann damit, die Pläne der Bahn in einen Gesamtzusammenhang mit dem Export einzurordnen: Ist der JadeWeserPort in Wilhelmshaven erst fertiggestellt, muss auch der Seehafenhinterlandverkehr funktionieren. Oetting prognostiziert eine Zunahme des Exports, wodurch verstärkt Güter zum neuen Hochseehafen transportiert werden.

Auf Nachfrage gab er an, dass 90 bis 95 Prozent des dadurch neu entstehenden Güterverkehrs über den Knoten Bremen geleitet werden sollen – zusätzlich zum bereits bestehenden Verkehr. Dabei soll ein großer Teil der neuen Züge nachts fahren, da die Gleise tagsüber bereits ausgelastet sind. Um diese Zunahme am Güterverkehr

tragen zu können, hat die Bahn verschiedene Maßnahmen geplant: Die Verlängerung des Gleises 1 und eben ein zusätzliches Gleis am Abzweig Richtung Oldenburg. „Wir haben vor Jahren schon einmal die Verlegung des Gleises in der Oldenburger Kurve diskutiert. Die Pläne wurden aber abgelehnt“, so Matthias Oetting. Der Baubeginn ist für 2013 geplant.

In der Kurve soll ein neues, etwa zuglanges Gleis (rund 700 Meter) gelegt werden, das vor der Weserbrücke an das bestehende Gleis eingefädelt werden soll. Dafür müssen neue Oberleitungen gebaut und Weichen angepasst werden. Über dieses Gleis sollen Züge aus Hannover oder Osnabrück kommend nach Oldenburg geleitet werden. Es soll aber auch als Puffer dienen, wo Züge abgestellt werden können. Aus Oldenburg kommende Züge fahren über die bestehende Trasse.

Im Zuge der Bauarbeiten sollen auf der neuen Strecke sowie an der Nicolaistraße Lärmschutzwände errichtet werden. Diesen Maßnahmen liegt eine Betrachtung ausschließlich des im Bereich des Neubaus zu erwartenden Lärms zugrunde. „Die Vorsorgewerte, an die wir uns halten müssen, sind andere als die Sanierungswerte“, erklärte Matthias Oetting. Allerdings hätten einige Anwohner durchaus neben aktiven Schutzmaßnahmen auch Anspruch auf pas-

sive Schutzmaßnahmen. Das würde derzeit noch analysiert werden.

Letztlich stellt Oetting fest, dass ein Teil des Planfeststellungsverfahrens bereits abgeschlossen und der Prozess in vollem Gange sei. Vorliegende Einsprüche der Anwohner werden bei der Bahn derzeit bearbeitet. Matthias Oetting hofft, dass es noch in diesem Jahr eine Anhörung zu dem Vorhaben geben wird.

Gesundheitsamt unzufrieden

Den Bremer Behörden reichen die von der Bahn bislang getroffenen Vorkehrungen zum Schutz der Anwohner nicht aus. Sowohl das Gesundheitsamt, vertreten durch Bettina Kaiser, als auch der Immissionsschutz, vertreten durch Britta Giebelhausen, haben Nachforderungen an die Bahn gestellt. Beide Behörden verlangen eine Betrachtung, wie sich der Lärm auf der gesamten Strecke entwickeln wird und welche Maßnahmen dagegen getroffen werden können. Zudem sollen andere Lärmquellen, wie zum Beispiel das Quietschen der Räder auf den Schienen, festgestellt werden. Weitere Lärmschutzmaßnahmen seien allerdings freiwillig und nur durch Verhandlungen zu erreichen. Die Bahnvertreter verwiesen darauf, dass für weitere Maßnahmen Mittel vom Bund nötig seien, die Bahn selbst könne das Geld

nicht aufbringen. Diese Aussagen stießen im Publikum auf Missmut, da die Bahn durchaus Gewinn mache, wie eine Anwohnerin zu bedenken gab.

Dam es Stadt und Bahn bereits im Dialog stehen, teilte Stadtplaner Tom Lecke-Lo-patta mit. Er sprach stellvertretend für den Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Joachim Lohse, den die Entwicklung des Güterverkehrs zum einen freut. Andererseits bedauere er es, dass Bremens Stadtzentrum zu einem Güterverkehrsknoten wird, wo gerade auch im Bereich der Plantage in Findorff urbanes Leben neu entstehen sollte.

Aus dem Publikum kam der Vorschlag, den Verkauf des Grundstückes, auf dem das neue Gleis gebaut werden soll und das derzeit noch der Stadt gehört, hinauszuzögern – zumindest solange, bis konkrete Pläne für Schutzmaßnahmen und feste Zusagen vorliegen. „Bei den Überlegungen werden wir die Belange der Anwohner einfließen lassen, aber natürlich auch wirtschaftliche Aspekte“, sagte der grüne Bürgerschaftsabgeordnete Hermann Kuhn, der auch Mitglied des Haushaltsausschusses ist und im Publikum saß. Der Haushaltsausschuss muss dem Verkauf zustimmen.

Der Beirat Mitte will sich zum beraten und eine Stellungnahme auf seiner nächsten Sitzung am 26. September abgeben.